

ANTRAG

Antragsteller*in: Matthias Egger, Lorenzo Friedli, Julian Fritsch, Sarah Sinkovits,
Stephen Slager, Sophie Wotschke

Tagesordnungspunkt: 16.c. Allgemeine Anträge

A10: Echter Medienwettbewerb statt Einheitsfunk

Antragstext

Österreich belegt im Press Freedom Index den 19. Platz – damit sind wir näher an Namibia und Südafrika als an Norwegen und den Niederlanden. Die Gründe dafür sind seit Jahren bekannt: ein stark konzentrierter Medienmarkt, eine ausgeprägte finanzielle Abhängigkeit von der Politik und ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der eng mit der Regierung verflochten ist.^[1]

Für uns Junge liberale NEOS – JUNOS ist die Antwort darauf nicht mehr Geld vom Staat, sondern weniger Abhängigkeit von ihm. Medien sollen um die Aufmerksamkeit ihres Publikums konkurrieren, nicht um die Gunst der Politik.

Ein fairer Wettbewerb zwischen den Medien

Wir wollen einen fairen Wettbewerb der österreichischen Medien ermöglichen, daher treten wir für eine Abschaffung aller bestehenden Medienförderungen ein.

Regionale Berichterstattung und investigativer Journalismus rechnen sich oft nicht, sind für eine funktionierende Demokratie aber unverzichtbar. An die Stelle der bisherigen Förderungen soll daher ein schlankes Modell nach Schweizer Vorbild^[2] treten: Die unabhängige Medienbehörde KommAustria soll anhand klar festgelegter Kriterien eine begrenzte Zahl an Konzessionen vergeben, die einen kostendeckenden Betrieb mit hohem journalistischem Anspruch ermöglichen.

Der österreichische Medienmarkt wird von nur wenigen Medienhäusern dominiert.^[3] Die Fusionskontrolle soll daher bei Medienunternehmen verschärft werden: Übernahmen und Zusammenschlüsse sollen nicht erst bei drohender Marktbeherrschung, sondern bereits bei einer Gefährdung der Medienvielfalt untersagt werden können.

Damit private Fernsehsender gegenüber dem übermächtigen ORF besser bestehen können, sollen seine gesetzlichen Wettbewerbsvorteile abgebaut werden. Die „Must Carry“-Regeln, die Kabel- und Plattformbetreiber verpflichten, ORF-Programme zu verbreiten, sollen aufgehoben werden. Zudem sollen die Höchstwerbezeiten für private Sender auf EU-Ebene abgeschafft werden, während die strengeren Beschränkungen für den ORF unberührt bleiben.

Eine Medienlandschaft ohne politische Einflussnahme

Inserate der öffentlichen Hand sollen nur noch für gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichungen, zur Personalsuche und zum Bevölkerungsschutz in Notlagen erlaubt sein. Jede Schaltung muss gegenüber dem Rechnungshof begründet und nach objektiven Kriterien wie Zielgruppe und Reichweite vergeben werden.

Das „Kopfverbot“ soll auf sämtliche Politiker:innen und Amtsinhaber:innen in staatlichen und semi-staatlichen Institutionen ausgeweitet werden und ausdrücklich auch für Inserate der Kammern gelten, um Umgehungsstrukturen zu verhindern.

Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der seinen Namen verdient

Wir fordern einen ORF, der sich auf seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag konzentriert. Dieser soll im ORF-Gesetz enger gefasst werden: Information, Bildung, Wissenschaft, Politik und Kultur sollen im Mittelpunkt stehen. Für Unterhaltung zu sorgen ist nicht die Aufgabe des ORF, das leisten private Anbieter längst. Der ORF soll daher nicht mit ihnen um Lizenzen für Sport- und Unterhaltungsformate konkurrieren.

Die Sender ORF 1, ORF Sport+, Hitradio Ö3 und FM4, die überwiegend auf Unterhaltung ausgerichtet sind, sollen privatisiert werden. Die Landesstudios sollen deutlich verschlankt werden und sich auf den Betrieb der öffentlich-rechtlichen Länderradios sowie die Produktion regionaler Beiträge für die verbleibenden Sender konzentrieren.

Bei der internationalen Berichterstattung plädieren wir für mehr Zusammenarbeit mit anderen europäischen Rundfunkanstalten. Auch einer engeren Kooperation mit privaten Medienhäusern stehen wir ausdrücklich positiv gegenüber.

Der Stiftungsrat des ORF soll zu einem schlanken, professionellen Aufsichtsrat umgestaltet werden, der sich strikt aus der redaktionellen Arbeit heraushält.

Der Aufsichtsrat soll aus jeweils zwei von jeder Parlamentspartei nominierten Mitgliedern bestehen, die fachliche Qualifikation vorweisen, in den fünf Jahren vor ihrer Bestellung keine politischen Funktionen ausgeübt haben und sich einem öffentlichen Hearing stellen müssen. Die Mitglieder sollen für sechs Jahre, unabhängig von der Gesetzgebungsperiode, bestellt werden. Den Vorsitz soll eine unabhängige Persönlichkeit übernehmen, die von den übrigen Mitgliedern mit Zweidrittelmehrheit gewählt wird.

Die Generaldirektion soll nach öffentlicher Ausschreibung und Hearing vom Aufsichtsrat bestellt werden, für Bewerber:innen sollen mindestens dieselben Anforderungen wie für die Mitglieder des Aufsichtsrats gelten. Der Nationalrat soll mit Zweidrittelmehrheit ein Veto einlegen können. Eine Abberufung soll nur mit Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat möglich sein.

Der Publikumsrat, der in seiner heutigen Form weder unabhängig noch sinnvoll ist, soll ersatzlos abgeschafft werden.

Die Ansprache der jungen Generation soll für einen modernen ORF höchste Priorität haben. Junge Menschen informieren sich heute kaum mehr über klassisches Radio und Fernsehen, sondern auf YouTube, Instagram, TikTok und in Podcasts. Der ORF soll sein Informations- und Bildungsangebot auf diesen (und weiteren) Plattformen ausbauen und um eigens für sie entwickelte Formate ergänzen.

Über Jahrzehnte hat der ORF mit dem Geld der Österreicher:innen einen umfangreichen Katalog an Inhalten produziert. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen dürfen diese in den Mediatheken bisher nur für einen begrenzten Zeitraum abrufbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Beschränkungen für Eigenproduktionen abgeschafft werden, soweit keine Rechte Dritter entgegenstehen.

Das Budget des ORF soll um die Hälfte gekürzt werden. Die Zwangsabgabe soll abgeschafft und der ORF nach dänischem Vorbild¹⁴¹ aus dem Bundesbudget, ergänzt durch Werbeeinnahmen, finanziert werden. Um die Unabhängigkeit zu sichern, soll die Finanzierung gesetzlich für mehrere Jahre festgelegt und der Bedarf von einer unabhängigen Kommission geprüft werden. Solange die Haushaltsabgabe besteht, soll das ORF-Beitrags Service (OBS) geschlossen und die Einhebung öffentlich ausgeschrieben werden.

Ein überfälliges Ende

Ein Medium im Eigentum des Staates verträgt sich nicht mit einer unabhängigen

91 Medienlandschaft. Wir fordern daher die ehestmögliche Privatisierung der Wiener
92 Zeitung. Sollte sich kein:e Abnehmer:in finden, ist sie einzustellen.

93 *Durch Annahme dieses Antrags wird der Beschluss „Teilprivatisierung und Reform*
94 *des öffentlichen Rundfunks“ des III. Bundeskongresses in Wien aufgehoben.*

95 [\[1\]](#) Reporter ohne Grenzen | 2026 | [Austria](#)

96 [\[2\]](#) Bundesamt für Kommunikation | 04.04.2025 | [Erteilung der](#)
97 [Veranstalterkonzessionen 2025 bis 2034](#)

98 [\[3\]](#) derStandard.at | 21.08.2026 | [Österreichs größte Medienunternehmen 2026 –](#)
99 [Übernahmen, Abwertungen, Jobverluste](#)

100 [\[4\]](#) State Media Monitor | 17.09.2026 | [Danish Broadcasting Corporation \(DR\)](#)